Zeichnet für die politischen Gefangenen! Sammelt! Revol. Unterstützungs-Kommission!

Angestellten gestellt. **Der Sozialismus der Arbeiter wird aber mit schönen Redensarten auf den Nimmerleinstag vertröstet werden.** Sie sind die stärkste Barrikade des kapitalistischen Systems, die niedergerungen werden muß, wenn das Proletariat nicht elend verrecken soll.

Alle diejenigen aber, die diese Barrikade verstehen durch Flickwerk zu erhalten, anstatt sie zu zertrümmern zu helfen, leisten nicht der Arbeiterklasse, sondern den Unternehmern den besten Dienst.

Die Waffe des revolutionären Proletariats gegen den Kapitalismus ist die Klassenkampf. Er kann nicht von Berufsführern für die Arbeiterklasse geführt werden, sondern nur von den Arbeitern selbst mit Hilfe der Klasseninstrumente des Proletariats: **den revolutionären Arbeiterräten! Wer die Notwendigkeit der Arbeiterräte anerkennt, gehört nicht in die Berufsverbände, sondern in die Kommunistische Arbeiter-Union!**

Notizbuch

General Stülpnagel als Jugenderzieher

Durch einen **Erlaß des Reichspräsidenten Hindenburg** soll ein **„Reichskuratorium für jugendliche Erziehung"** gebildet werden. **Der Vorsitzende ist der Reichsminister des Innern von Gayl** und der **geschäftsführende Präsident,** der General a. D. Stülpnagel.

Der Erlaß stellt fest, daß der Staat die „Pflicht" habe, die Jugend zu Zucht, Ordnung, Kameradschaft und Opferbereitschaft zu erziehen. Alle gegnerischen Organisationen **ohne** Unterschied der Partei- und Konfessionszugehörigkeit, **also vom Reichsbanner über die christlichen Jugendvereine bis zur SA sollen erfaßt werden.** Nur **Kommunisten** sind ausgeschlossen. Zur „Jugenderziehtätigkeit" soll vor allem **Geländesport** betrieben werden. Ehemalige Offiziere sind bereits als „Führer" auserwählt und 15 Millionen Mark Reichsmittel bereitgestellt worden.

Daß ist weiter nichts als eine nackte Militarisierung der Jugend. Nach bewährten Vorbild, als wilhelminischer Zeit werden ihnen die Knochen geschlifften werden, um „ganze Kerls" aus ihnen zu machen.

Nur der gemeinsame Kampf der Jungarbeiterschaft mit der gesamten Arbeiterklasse wird diesen Spuk hinwegfegen.

Brennglas

Sowjetkommissar *frühstückt* **bei Mitglied der Barons-Regierung — mit dem Baron selbst!**

Die Presse meldete am 18. 9. 1932:

Volkskommissar Litwinow, der auf der Durchreise nach Genf in Berlin eingetroffen ist, hat dem **Reichskanzler von Papen** und dem **Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath einen Besuch abgestattet! Reichsaußenminister Freiherr von Neurath** veranstaltete ein **Frühstück für den Volkskommissar!**

Hoffentlich hat ihm das geschmeckt!

Wohlfahrtserwerbslosen wird er ja nicht zu sehen bekommen haben! Aber wat sagt Justav Jöhlm dazu, der doch noch Wohlfahrtserwerbslose mußt! Und wat sagen die KPD-Jöhlme? He?

Einheitsfront mit Papen, wat?

Wir wollen unseren Geenig wieder haben

Anschließend an die Hausse auf den Weltbörsen setzte in Deutschland eine Hausse in neuen Parteien ein.

Vor einigen Monaten gab der ehemalige Sozialdemokrat Otto Horsing den Aufruf mit der Bildung einer **„Sozialrepublikanischen Partei Deutschlands" (SRPD).**

Neuerdings haben sich „gesammelt":

1. Sozialmonarchistische Partei Deutschlands (SMPD)
2. Deutsche Kaiserpartei
3. Deutschsozialistische Partei
4. Nationalsozialistische Opposition
5. Nationalkommunistische Partei (gegründet von einem ehemaligen KPD-Häuptling Kluth)
6. Deutsche Präsidialpartei (von der die Präsidialregierung nichts wissen will)
7. Deutscher Nationalverein (der eine Auffrischung liberalistischer Zielsetzung erstrebt).

Insgesamt sind es vorläufig acht neue „Parteien", die in der Mehrzahl alle auf ihren Geenig verzichtet sind. Während an der Börse die Hausse schon sehr nachgelassen hat, wird bei den Parteineubildungen die Hausse vorläufig anhalten, denn unsere Liste erhebt absolut keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Dieser Parteikladderadatsch ist ein Kennzeichen für die Verwirrung im Lager des Proletariats und der Bourgeoisie, ein Symptom für den ideologischen Verfall des Kapitalismus.

Bücher für den Kommunisten

Elderemyte: Urkostmarxismus und Urreligion. Broch. 2,60
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Brosch. 1,80 Leinen 2,80
K. Marx: Das Kapital (Auszug, bearbeitet von Korsch)
Leinen 2,85
— Das Kapital (Kröners Taschenausgabe) 3 Bde. je 2,85
— Das Kapital (v. J. Borchardt). Brosch. 5,80 Lein. 7,50
Lenin: Lieber die nationale Frage 0,90
— Ueber die Judenfrage 0,80
— *Karl Marx.* Eine kurzzusammengefaßte Darstellung des Lebens und der Lehre des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus 0,80

Sondergerichte arbeiten

Die „Gerechtigkeit" — der Bourgeoisie!

Seit der letzten Wahl existieren, wie Herrn Papen ins Leben gerufen, die Sondergerichte! Sie sollen nach der Erklärung der Reichsregierung zur Unterdrückung des politischen Terrors dienen. In Wirklichkeit dienen sie zur Knebelung der Arbeiterklasse, um die durch ihre verschlechterte Lebenslage durchgesetzte Hungerdiktatur aufzubrechen und sich wehrenden Proletarier unter Schutt und Kreuz zu setzen. Daß die hierbei schreiende Kerle dabei mit zweierlei Maß mißt, verstehe sich von selbst. Während die revolutionären Arbeiter 3—20 Jahre Zuchthaus aufgebrockt bekommen, fertigt man die Nazis mit ein paar Monaten Gefängnis ab, oder läßt sie laufen. Ein Beispiel liefert hierfür sind die **Urteile von Oldau und Sleemsstadt.**

Wie kein es die herschende Klasse verstehe, sich den „Glorienschein der Gerechtigkeit" umzuhängen, zeigt aus ihrem Verhalten gegenüber den Mördern von Potempa hervor. Um gegen diese Bestien, verurteilte Verbrechen zum Tode, und ließ sie, nachdem die Sondergerichte ihre Praxis eröffnet hatten, „begnadigen"! Wären linksgerichtete Arbeiter gegen Andersdenkende in derselben Weise vorgegangen, dann hätte man sie kurzerhand aufgeknüpft. Aber diese Verbrechen kommen mit der Phrase „des Interesses am Vaterland" und da schützt das Herz eines jeden auch des republikanischen Richters, milde.

Wie diese Justizmaschinerie arbeitet, das beweist folgende Statistik:

Vom 1. Mai — 1. August 1932 waren **472 Nationalsozialisten** wegen politischen Verbrechen angeklagt und **erhielten — 110 Jahre, 3 Monate Freiheitsstrafen.**

In der gleichen Zeit standen **396 Antifaschisten** vor dem Klassenrichter und erhielten **774 Jahre, 9 Monate Freiheitsstrafen.**

Seit dem 1. August sind verschiedene Wochen ins Land gegangen. Täglich werden Arbeiter, die aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen, von den Sondergerichten verurteilt.

Wie weit man diese Sonderjustizpraxis ausdehnt, beweist eine Zeitungsnotiz über einen Sonderjustizfall, nach der ein Maurer W. aus Birkenwerder b. Berlin **wegen eines Lustspruches zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurde.**

Dieser Fall zeigt allen Arbeitern, ganz gleich welcher Parteirichtung, deutlich, wohin die diese steht. Grade haben wir von der herschenden Klasse nicht zu erwarten! Sie kann und auch nicht mehr „unsere Rechte" garantieren! Sie kann nur noch diktieren.

Wie haben diese Leute gebrüllt und gejammert über bolschewistische Diktatur, als 1918 die Arbeiter 24 Stunden lang die Macht in der Hand hielten. Damals krochen sie in die Mauselöcher. Die Arbeiter teilen sich von den Hellersabeln bilden. Einen Trost hat das Proletariat dabei: **„Mit allen diesen Mitteln ist es nicht möglich, die Produktion in Gang zu bringen! Mit allen diesen Mitteln ist es nicht möglich, Not und Elend der Arbeiterklasse zu beseitigen, und gerade somit**

es uns: als wenn dies alles Dinge der verzweifelten Bourgeois sind, sich mit aller Macht oben zu erhalten, trotzdem das Gebäude der herrschenden Klasse in allen Fugen kracht und ächzt."

Aus dieser Erkenntnis heraus muß das revolutionäre Proletariat die verzweifelten Genossen aufrütteln, die sich in Illusionen und sich selbst betäuben, daß die die Klassenjustiz bloß Kampf an!

Wir fordern nicht Gnade! Wir saxen den Maulhaxen des Klassenfeindes!

Nur durch konsequentesten Klassenkampf kann die Befreiung unserer hinter Kerkermauern schmachtenden Genossen herbeigeführt werden.

Maulkorb für Arbeiterpresse

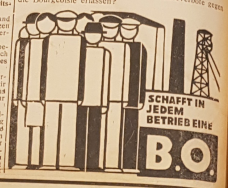
Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne", wurde auf 4 Wochen verboten.

Der Syndikalistenorgan, das Organ der Freien Arbeiter Union (A.-S.), wurde wegen des „sozialtsgefährlichen" Inhaltes gleich auf 3 Monate verboten.

Ferner sind verboten: „Der freie Arbeiter", „Sozialismus", „Arbeiterpolitik", „Der junge Bolschewik", „Spartakus" bis zum 12. März 1933. Das Organ der KJI ebenfalls bis zum 8. März 1933.

Die Reihe der Verbote reißt nicht ab. Die Polizei arbeitet am laufenden Band.

Wann wird die Arbeiterschaft Presseverbote gegen die Bourgeoisie erlassen?



Aus den Bezirken der Union

Detmold

Erwerbslosenfront nur unter Führung der KPD?

In der am 16. 9. stattgefundenen Wohlfahrtserbeiter-Versammlung brachte ein KGO-Kommunist den Antrag ein, daß nur die Kommunistische Partei als Führerin der Erwerbslosen zu betrachten sei, und er deshalb die Anerkennung verlange und Abstimmung beantrage. Die Genossen von der Union sprachen gegen diesen größenwahnsinnigen Antrag. In Begründung wiese sie nach, daß die Erwerbslosenfrage nicht von irgendeiner Partei gelöst werden kann. Auch die Kommunistische Partei kann den Massen den außerparlamentarischen Kampf nicht abnehmen. Die Parteikommunisten reden zwar viel vom außerparlamentarischen Kampf, doch sind sie auf Grund ihrer parlamentarischen Einstellung völlig machtlos irgendeine entscheidende außerparlamentarische Aktion auszulösen. In dieser Versammlung war auch der Unterbezirksleiter für der KPD Velmeier anwesend. Bei den Ausführungen der Unionisten wurde er fast rasend vor Wut und drohte mit Handgreiflichkeiten. Mit Phrasen wie wir sie von SPD-Bonzen kennen, — „Spalter und politische Kinder" — versuchte dieser „Führer" unsere Genossen an die Wand zu drücken".

Das Gezeter war aber das Resultat seiner Bemühungen. Da die Parteikommunisten einsahen, daß die Abstimmung doch wohl zu ihren Ungunsten ausfallen werde, zog der Antragsteller seinen, ihn endlich wohl selbst unsinnig erscheinenden Antrag zurück.

Dieser Vorgang zeigt uns, daß es ihnen nur auf die Führung ankommt und nicht auf revolutionäre Einheitsfront. Der Ausschluß bestand in überwiegender Mehrheit aus parteilosen Arbeitern, einem Unionisten und etlichen Parteikommunisten. Der Ausschluß hat tadellos ihre Parteiführung gearbeitet und wird es auch so weiter machen.

Klassengenossen! Jede Bevormundung ist von großem Uebel. Sie führt zur Unselbständigkeit der Massen. Wir können es nicht glauben, daß man Aktionen und Arbeiten der Erwerbslosen durch irgendein Parteibüro leitet. Nur die Kälte und Not mit den Massen verbunden. Nur sie sind zur Führung der Massen allein berechtigt.

Berlin

Melchers Polizei erlaubt, die KPD unterdrückt eine Versammlung der Kommunistischen Arbeiter-Union

Die Kommunistische Arbeiter-Union hatte zum 16. Sept. 32 einen öffentlichen Diskussionsabend einberufen. Er sollte in Neukölln, Warthestraße 60, im Lokal von Lorenz stattfinden; derselbe war polizeilich angemeldet worden. Nun daraus wir, daß damit dem Gesetz genüge getan war, Er war auch von dieser Staatsbehörde genehmigt worden. Leider wußten wir nicht, daß neben der offiziellen Polizeibehörde in Berlin noch eine andere Behörde mit Polizeigewalt existiert. Als wir zum betreffenden Lokal kamen, war dort ein großes Aufgebot von irgendwelchen Genossen der KPD anwesend, die uns das Abhalten des Diskussionsabends untersagten, mit dem fadenscheinigen Argument, wir hätten beim Wirt diesen Abend unter dem Decknamen der KPD angemeldet. Welches Recht sich diese Jungens anmaßen, ergibt sich daraus, daß einer von ihnen an unseren Gen. Referenten herantrat mit dem Ersuchen nach Hause zu fahren, da die Versammlung von der Partei nicht genehmigt sei. Wir hätten uns erst an die Parteileitung wenden sollen, damit sie ihr Einverständnis dazu geben könne. Unser Ansuchen lehnte er selbstverständlich ab, auf dieses Ersuchen einzugehen und verblieb im Lokal.

An Hand dieses Beispiels ist zu ersehen, in welcher Form die Parole der KPI vom 16. Juni 1932 aufgestellt werden kann: „Die Einheitsfront mit allen Proletariern, ganz gleich welcher Organisationszugehörigkeit zu bilden".

Es ist typisch und zeigt uns den Charakter der KPD-Politik, daß sie in Punkto Meinungsunterdrückung schlimmer wie die Polizei des kapitalistischen Staates ist. Uns soll das eine Lehre sein. Wir werden mit verstärkter Kraft gegen die Machtclionen einer Parteidiktatur zu Felde ziehen und für den Gedanken des Klassenkampfes werben.

Trotz alledem!

NB. Wir waren auf Grund der oben angeführten Tatsachen gezwungen, den Abend in einem anderen Lokal stattfinden zu lassen!

Ausschluß

Das Mitglied Otto Wendt wurde wegen Unterschlagung in der GPF aus der KAU ausgeschlossen.

KAU Berlin 2. UB.

Achtung!

Wegen unproletarischen Verhaltens und Nichtherausgabe von Organisationsmaterial wird Willi Schwan aus der Komm. Arbeiter-Union ausgeschlossen. Das auf seinen Namen lautende Postscheckkonto ist gesperrt und sind keinerlei Zahlungen — auch Restzahlungen der früheren AAUE — auf dieses Konto mehr zu tätigen.

Alle Sendungen gehen jetzt an W. Neuendorf, Passowstraße 11, Frankfurt (a. M.).

Oeffentliche Quittung

Für Revolutionäre Unterstützungs-Kommission gingen ein:

Liste Nr. 38 3,60; Nr. 39 11,70; Selle u. Elsler Nr. 36 14,25; Nr. 29 5,00; Nr. 16 1—; Haustelle Oberschöneweide Nr. 18 7.—; Nr. 11 1,50; Jarosllw, Weißensee Nr. 13 4,90; Zwetsch, Charlbg. Nr. 14 4,75; Nr. 15 1,20; Barnowsky-Bühne Nr. 31 4,10; Nr. 40 8,—; Nr. 42 3,50; Nr. 9 3,50 4 Ch. — Summa 74,05 Mark.

Revolutionäre Unterstützungs-Kommission
Groß-Berlin.

Herausgeber u. für den Inhalt verantwortlich: Werner Hollmann, Dresden A 16. — Druck: Druckerei Max Hänle, Dresden-N, Wilhelmplatz 6.

Preis 10 Pf

Kommunistischen Arbeiter

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Union
Wirtschaftsbezirk Ostsachsen (Revolutionäre Betriebs-Organisation)

Jhrg. 1 / Nr. 6

Erscheint nach Bedarf. Zu beziehen durch die Funktionäre der KAU und Verlag.

November 1932

Nach der Wahl, der Schacher

Neuer Hungerkurs wird angekurbelt

Wenn noch ein Rest der so vielgerühmten Demokratie in Deutschland vorhanden wäre, dann hätte die Regierung Papen am Morgen des 7. November ihren Rücktritt erklärt. Denn als Ergebnis der Reichstagswahl kann sie für sich buchen ein Zehntel der Wahlberechtigten, während die übrigen neunzig Prozent gegen sie stehen. Das konnte jeder politische ABC-Schütze voraussehen.

Ueberraschungen hat auch sonst der 6. November in großen und ganzen nicht gebracht. Hitler hat mit seinen hohlen Phrasengedonner über zwei Millionen Stimmen verloren. Das sind rund 15 Prozent und 34 Mandate weniger. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben davon 19 Sitze (vierzehn und vier) holen können, während auch das Zentrum mit fünf Abgeordneten weniger wiederkehrt. Der Stimmenverlust der SPD beträgt ca. 9 Prozent (721 000) oder 12 Mandate. Die KPD hat 692 000 Stimmen (13 Prozent) mehr erhalten und besitzt jetzt 100 Abgeordnete gegen 89 bisher. Der Stimmenanteil der Nazis ist gefallen von 37,3 auf 33,2, während der Anteil von SPD und KPD zestiegen ist von 35,9 auf 37,2 Prozent.

68 regierungstreue Abgeordnete gegen einen Oppositionsblock von 515 — das ist eine hoffnungslose Minderheit für das Kabinett der „nationalen Konzentration", aber da ja die Demokratie nur noch auf dem Papier existiert, kann sich Papen weiter als Hahn im Korbe aufspielen. Er hat schon am Montagmittag durch WTB erklären lassen: „Die Regierung habe keine Veranlassung, von ihrem bisherigen Kurs abzugehen. Es ist jetzt Sache der Parteien, dafür zu sorgen, daß der Reichstag positiv arbeite." Das ist bereits eine sehr deutliche Mißachtung des durch „Volkswillen" ausgesprochenen Mißtrauensvotum . . .

Inzwischen ist die Knobelei ums Wahlresultat schon fott im Gange. Daß Papen mit seinen 68 Mämeken nicht weit kommt, sieht auch die regierungstreue Presse (Berliner Börsen-Zeitung", „Deutsche Allgemeine Zeitung" usw.). Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß auch die schwarzbraune Mehrheit (Zentrum und Nazi) zerbrochen ist. Der Schacher um einen parlamentarischen Mehrheitsblock dürfte also besonders ordnär werden, da jetzt wieder Hugenberg mit knobeln kann. Doch die geschlitzten Ratgeber Papens ermuntern ihn bereits, den „bisherigen Kurs" fortzusetzen. So schreibt die „Deutsche Zeitung" vom 8. 11. warnend: „Es kann nicht im Sinne einer verantwortungsbewußten nationalen Politik liegen, die Dinge überhaupt aufs Parlamentarische zuzuspitzen. Mit dem Reichstag fertig zu werden, wird kein Kunststück sein."

Das ist die unverhüllte Drohung mit neuer Auflösung des Reichstages! Warum auch nicht. Nach den bisherigen Taten der Papen-Hindenburg ist absolut nicht daran zu zweifeln, daß die „autoritäre Staatsführung" auch den neuen Reichstag nach Hause schicken wird, wenn sich die politischen Interessenhändler nicht auf das kapitalistische Klassenprogramm einigen können. Im revolutionären Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit hat ja der bürgerliche Parlamentarismus, diese Spottgeburt von Dreck und Feuer, sowieso keine Daseinsberechtigung mehr.

Der zum zweitenmal in der Wahl kläglich durchgefallene Kabinetts-Chef hat sich überhaupt reichlich viel vorgenommen. Am 4. November produzierte sich im Rundfunk

Papen als Kommunistenfresser

ganz kannibalischen Stils. Er predigte hier mit seltener Offenheit den schonungslosen Vernichtungskampf gegen den gottesleugnerischen Bolschewismus und brüllte ins Lehre seiner falschen Propheten in Deutschland mit Stumpf und Stiel auszurotten, und wir werden auf dem Vorposten europäischer Kultur, auf den uns erhaltene Regierung restlos erfüllen." Um Bolschewismus soll natürlich die gesamte kommunistische Bewegung getroffen werden.)

Die „Vorsehung" gab nun Herrn Papen sehr schnell Gelegenheit, mit der „Ausrottung" anzufangen. Als nämlich am 7. November der russische Botschafter Chintschuk einen Tee-Empfang zur 15-Jahrfeier der Sowjet-Union veranstaltete, da ging auch der Bolschewistentöter Papen hin, um gemeinsam mit den Ministern Warmbold und Neurath sowie anderen hohen Reichsbeamten die auserlesensten Speisen und Getränke der vollbesetzten Festtafel „mit Stumpf und Stiel" — zu vertilgen . . .

Die Todfeindschaft der Barone und aller Kapitalisten gegen den Kommunismus wird durch diplomatische Tee-Abende natürlich nicht abgeschwächt. Die Berliner Sowjetleier beweist aber wieder mal, daß die Beziehungen Rußlands zur deutschen Bourgeoisie eine kapitalistische Basis haben müssen. Auf Grund dieser Tatsache muß jeder denkende KPD-Arbeiter erkennen: die Sowjetunion ist aus einem Hort der Weltrevolution zu einem Stück der kapitalistischen Weltwirtschaft geworden, weshalb der russische Bolschewismus keine Anziehskraft der proletarischen Revolution in Deutschland mehr sein kann.

Während das Rätselraten der Parlamentsbonzen um die Auswertung der Reichstagswahl den politischen Katzenjammer verscheuchen soll, verdient besondere Beachtung der Plan, ein

neues Millionengeschenk für die Junker

zu beschaffen. In diesem Jahre hat Deutschland nämlich eine Rekordernte durch gutes Wetter und Mehranbau von Getreide. Die Preise zingen deshalb schon zurück auf 200 Mk. für Weizen und auf 160 Mk. für Roggen. Die Folge müßte sein ein Sinken des Brotpreises. Davon wollen die Agrarier natürlich nichts wissen. Sie wollen im Gegenteil wieder eine Erhöhung der Ehgros-Preise, um trotz der Riesenernte Extraprofite scheffeln zu können.

„Kampfruf" 6 Monate verboten!

Von der Reichs-Presse-Stelle wird uns geschrieben:

Und wieder ist das Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiter-Union verboten! Sechs Monate lang will die herrschende Klasse die Stimme des revol. antiparlamentarischen Proletariats nicht ertönen lassen,

Der „Kampfruf" ist verboten worden, weil er nach Ansicht der herrschenden Klasse die Arbeiter zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse aufgefordert hat, — Fordern diese Verhältnisse eigentlich nicht selbst dazu auf? Der Hunger, das Massenelend, der ständige Lohnabbau!

In den sechs Monaten des Verbots gilt es alle Kräfte anzuspannen: Der „Kampfruf" wird Wochenzeitung!

Das ist unsere Antwort auf das Verbot!

Reichslandbund und Deutscher Landwirtschaftsrat fordern deshalb eine großzügige Getreide-Magazinierung. Die Reichsbank soll hierfür einen Kredit von 100 Millionen zur Verfügung stellen und das Reich eine Ausfallbürgschaft von 25 Millionen übernehmen. Die magazinierten Getreidevorräte sollen den Verbrauch entzogen und erst im nächsten Jahr wieder auf den Markt kommen. Das würde ein Steigen der Getreidepreise bedeuten und damit eine Verteuerung wichtigster Lebensmittel.

Die Regierung ist bereit, auch diese unverschämten Junkerforderungen weitgehend zu bewilligen. Eine **neue Hungerwelle,** — das ist die „Ankurbelung der Wirtschaft"!

Die Aufgabe der Arbeiterschaft

darf heute unter keinen Umständen darin bestehen, Partei zu ergreifen für diese oder jene parlamentarische Schacherpolitik. Der parlamentarische Weg kann die Kapitalsoffensive nicht aufhalten, führt nicht aus dem Elend heraus.

Nie war notwendiger als je, daß die Proletarier selbständig das Rad der Geschichte in sozialistische Richtung lenken müssen. Der Berliner Verkehrsstreik lehrt erneut, daß heut jeder Wirtschaftskampf ausgeweitet werden muß, wenn er nicht in der Isolierung zusammenbrechen soll.

Nur die Tatsolidarität der Arbeiter aller Berufe und die Ausschaltung aller Instanzen kann das eherne Fundament herstellen für jene klassenfront des Proletariats, die notwendig ist zum siegreichen Kampfe gegen den Kapitalismus und seine parlamentarisch-gewerkschaftlichen Stützen!

Der Berliner Verkehrsstreik

Einige wichtige Lehren

Uns wird geschrieben:

Fünf Tage dauerte der Streik der 22 000 Berliner Verkehrsarbeiter. Fünf Tage, die der Gesamtarbeiterschaft wichtige Lehren übermittelt haben. Standen doch zum ersten Mal seit 1929 Arbeiter rückständiger Schichten im Kampf gegen den ständigen Lohnraub. Arbeiter, die in der Vergangenheit unter sehr schweren Bedingungen nur zum Kampf zu bewegen waren. Ihre ganze soziale Stellung als städtische Arbeiter, lohnzahlend in ihrer Mehrheit schon bei der BVG beschäftigt, daraus resultierend eine Reihe Vorteile. Dann zum großen Teil in Werkswohnungen wohnend, im Besitz einer Pensionskasse und noch einer Reihe anderer Dinge, die sie den übrigen Arbeiterschichten „voraus" hatten. Das machte sie lahrelang immun gegen klassenkämpferische Ansichten, was auch unter anderem zum Ausdruck kommt in einer sehr schwachen Verankerung der freien Gewerkschaften und starkem Vorhandensein der Nationalsozialisten (NSBO).

Dieser Kampf der BVG-Arbeiter unter diesen besonderen zu werdenden Umständen zeigt eindeutig, daß der Lohnraub an den Betriebsarbeitern den Punkt erreicht hat, wo er tatsäch-

lich nicht mehr zu ertragen ist, wo buchstäblich den Proleten das Stück Brot vom Tisch geraubt wird. **Dieser Kampf deutet also eine Umbruchstelle in der Arbeiterbewegung an, zeigt, daß jetzt eine Periode heranreift, in der aus den breiten Massen heraus der Abwehrwille spontan bestimmte Kampfformen annimmt.** Und weil dem so ist, was bewiesen wird durch den ebenfalls **ersten Solidaritätsstreik (seit 1923) der Müllabfuhr, durch die große Sympathie und Unterstützung, die der Streik bei den breiten Massen fand,** darum gilt es rücksichtslos alle Fehler und Schwächen des Kampfes aufzudecken.

Wie schon festgestellt, hatte der Streik eine besonders günstige Basis durch die breite Sympathie der Massen, und er hätte durchaus einen anderen Verlauf genommen, wenn eine Reihe wichtiger Maßnahmen zur Unterstützung des Streiks durchgeführt worden wären. **Die wichtigste Maßnahme war die unbedingte Ausweitung des Kampfes, die Einbeziehung der anderen Betriebe in die Streikfront,** gleichgültig welche Konsequenzen daraus folgen mußten. Dieses war um so wichtiger, da sofort die Staatsmacht durch die Schlichtungsinstanzen in den Kampf eingriff und durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches den Lohnraub gesetzlich sanktionierte, den Streik als ungesetzlich erklärte, also den Kampf abwürgen wollte. Die Einsetzung der Polizeimacht gegen die Streikenden war nur die Untermalung der Abwürgung des Kampfes. Absolut verständlich ist für jeden, daß dieser Streik, **wie überhaupt alle Streiks im Zeichen der Notverordnungen, nur dann erfolgreich sein können, wenn sie eben als Massenkampf geführt werden, wenn sie eben große Arbeitermassen erfassen.** Und das ist das Entscheidende. In der heutigen Situation ist es fast unmöglich, und das hat eindeutig die Vergangenheit mit ihren Streiks gezeitigt, erfolgreiche Teilstreiks zu führen. **Entscheidend ist die Massenbasis eines jeden Kampfes.**

Und hier haben **alle am Streik beteiligten Organisationen versagt.** Der Verrat der Gewerkschaften ist ja schon sprichwörtlich durch ihre Vergangenheit. **Aber ihr Verhalten, und das der SPD, stellt doch die Vergangenheit so ziemlich in den Schatten.** Eine absolute Zweidrittel-Mehrheit für Streik, großartige Sympathie bei der Berliner Bevölkerung, und ganz kaltschnäuzig wurde von der Gewerkschaftsbürokratie der Streikbruch organisiert. Die Nazis geschlossen in der Streikfront, die gelben Sumpfpflanzen ebenfalls, aber der Gewerkschaftler, der vor dem Kriege mit keinem Gelben, mit keinem Streikbrecher zusammengearbeitet hat, dieser Gewerkschaftler ist der erste, der den Streikbruch mitmacht. **Diese Haltung der Gewerkschaften kommt nicht von ungefähr. Sie ist das Produkt ihrer Vergangenheit und ihrer bejahenden Einstellung zum Kapitalismus. Ist das Produkt ihrer direkten Anerkennung des Lohnraubprogramms der Papenregierung.**

Offen und unzweideutig muß deshalb ausgesprochen werden: wer diese freigelben Sumpfblüten noch unterstützt, wer für ihre Erhaltung weiter eintritt, wer sogar auffordert, trotz des offensichtlichen kaltblütigen und fortgesetzen Arbeiterverrats diese Streikbruchorganisationen nicht zu verlassen, wie das der „Klassenkampf", Organ der KPD von Halle-Merseburg vom 8. November wiederum macht, **der wird selber zu einem Verräter an der Arbeiterklasse, der hilft a k t i v mit, die Arbeiterschaft kampfunfähig zu erhalten. Wer nach Jahrzehnten ständigen Verrats durch die Gewerkschaften glaubt, diese Organisationen noch einmal zu Organen des Klassenkampfes zu machen, der ist entweder ein kompletter N a r r oder ein bewußter Lügner, auf jeden Fall hat er sich aber jedes Recht verscherzt im Klassenkampf noch ernstgenommen zu werden.**

Die restlose Vernichtung der Gewerkschaften, das ist heute eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft.

Neben dem Versagen der Gewerkschaften steht das Versagen der KPD und RGO. Dieser Streik, **ein Fanal des außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiter,** mußte als ungeheuer wichtig unbedingt von der KPD und RGO unterstützt werden. Aber im Zeichen des „Wahlsieges" der KPD, der „Mobilisierung" von annähernd sechs Millionen Stimmen der KPD für den „außerparlamentarischen Massenkampf", **diese Niederlage der BVG-Arbeiter.** Und mit dieser Niederlage des Streiks ent[…]rvt sich die „außerparlamentarische Massenmobilisierung" als […]e ganz blöde Wahlmache, als ein ganz gemeiner Wahlbetrug. **[…]r in diesem Kampf hatte die KPD vor der Geschichte die […]glichkeit bekommen, ernst zu machen mit ihrer Parole der […]ssenmobilisierung, hier die Massen zu einer Solidaritätsaktion […] TAT auf die Straße für die BVG-Arbeiter zu bekommen.** […]ts, absolut n i c h t s ist erreicht worden. Im Gegenteil! […]dem man zwei Tage, bis Freitag abend, den Streik als […]lparole ausgewertet und unterstützt hatte, überließ man die […]kenden ihrem Schicksal, ging man vollkommen n u r n o c h […]ahlkampf auf.

[…]or der Geschichte wird hier eindeutig erhärtet, daß Wahlen […] Mittel sind, um Massen zu mobilisieren zu wirklichen […]aktionen, um überhaupt die revolutionären Kräfte zu […]. Darüber hinaus ist ganz kraß bewiesen worden, daß […]ampf" der KPD und RGO für diesen Streik nur darin be[…] nach dem Kampf im Berliner Stadtparlament „radikale" […]e zu stellen für die 2500 gemaßregelten BVG-Arbeiter und […]r hinaus mit der Sammelbüchse die Pfennigsolidarität zu […]ieren.

[…] diesem Versagen der KPD und RGO ändert auch nichts […]ache des Solidaritätsstreiks der Müllabfuhr und einzel[…]üchterner Versuche eine Solidaritätsbewegung auszu[…]ondern hier kam es einmal entscheidend darauf an, große […]sche Massen in wirkliche Kampf- und Solidaritätsbewe[…]u versetzen, sie auf die Straße zu bringen. **Diese wirk[…]xis der KPD erinnert haargenau an die „radikale" […]r USPD, — während des Krieges, als die Massen ver[…]en den Krieg rebellierten, — „radikale Anträge" im […] einzubringen und im übrigen n i c h t s zu tun, als […] Phrasen zu schwingen.** Rosa Luxemburg und der […]bund prangerten während des Krieges ganz scharf […]iese USPD-Praxis als parlamentarischen Kretinismus […]ifft auch heute wörtlich für die KPD zu. Das Ver[…] KPD und RGO während des Streiks geht sogar so[…]e es nicht verstanden, dem Streik ein revolutionäres […] geben, sondern sie befanden sich vollkommen im […]er Nazis, die auf ihre Art das möglichste taten, um den Streik n i c h t zur Entfaltung kommen zu lassen. Gerade ihre Aufgabe wäre es gewesen, das Gerede der Nazis von einem rein „wirtschaftlichen Streik" zu zerstören und die politischen Grundlagen des Streiks aufzuzeigen und s o die Nazis auf ihre revolutionäre Kampfgrundlage zu bringen.

Offen muß man den nationalsozialistischen Arbeitern zubilligen, daß sie äußerst aktiv die ersten Tage im Kampf gestanden haben. Wohl war ihr Streik als NSBO sanktioniert von der NSAP, aber ständig versuchte die NSDAP den Streik zu bagatellisieren, — um ihn so ruhig und unauffällig abzuwürgen. Aber zur Ehre der Nazi-Arbeiter muß gesagt werden, daß sie in vielen bekannt gewordenen Fällen sich einen Dreck kümmerten um die Befehle ihrer Führer, daß sie aktiv eingegriffen haben, um den Streikbruch zu verhindern. In diesen Momenten kam bei diesen Arbeitern vorübergehend der klassenbewußte Prolet zum Vorschein, und an diese Dinge gilt es anzuknüpfen. Der Gegensatz zwischen Parteibefehl und dem Handeln der Nazi-Arbeiter zeigte sich auch darin, daß am Sonntag und Montag die Nazis aus den örtlichen und der zentralen Streikleitung austraten und ihre Angehörigen auf Listen der BVG-Direktion als Arbeitswillige zur Verfügung stellten, während der Nazi-Prolet noch im Kampf stand.

BÜCHER
ALLER WISSENSGEBIETE

Alle einschlägige sozialistische und kommunistische Literatur / Romane Neuerscheinungen aller Art

Zu beziehen durch:

NEUER ARBEITER-VERLAG

(Franz Rother) : Berlin O 112 : Grünberger Straße 4

So zeigte der BVG-Streik die Lehre, daß alle großen Organisationen den Streik entweder offen verrieten, oder zum mindesten ihn seinem Schicksal überließen. Wie wenig ernsthaft diese Organisationen mit dem Streik und seiner Unterstützung rechneten, geht schon daraus hervor, daß sie alle durchweg überrascht waren von der Größe und Intensität des Kampfes. **Eine ernsthafte Streikvorbereitung im Sinne der Entwicklung dieses Kampfes hat es nicht gegeben, sondern die getroffenen Maßnahmen trugen mehr oder weniger deutlich den Charakter der Wahlarbeit.** Drastisch drückte sich dies auch in den Streikorganen aus. Wahllos wurden sie aus Nazis, RGO-Arbeitern, Unorganisierten und Freigewerkschaftler zusammengesetzt, ohne eine richtige Kampfplattform, ohne einheitliche Richtlinien. Jede Gruppe vertrat für sich ihren eigenen Standpunkt. Vollständige Hilflosigkeit der Streikleitung, keine richtige Verankerung in den Streikenden, vollkommen ungenügende Verbindung der Streikenden untereinander. Alle diese großen Fehler unterstreichen nachdrücklichst das Versagen der Organisationen und beweisen die ungenügende Vorbereitung des Streiks, wobei wir uns absolut darüber im Klaren sind, daß Streiks nicht mechanisch ausgelöst werden können. Die Streiklosungen widerspiegeln denselben Zustand. Nichterkennen der Notwendigkeit der Ausweitung des Kampfes durch die Streikenden, keine Parole zum Solidaritätsstreik. **Auf den politischen Eingriff der Bourgeoisie in den Kampf, betonen der rein wirtschaftlichen Seite des Kampfes, trotzdem der Kampf gerade durch die Bourgeoisie eine politische Grundlage erhielt.** Alle diese Ursachen führten zum Zusammenbruch des Streiks.

Ein weiterer großer Fehler war, daß man, als am Sonnabend offensichtlich war, daß der Streik nicht weiter ausgedehnt werden konnte und der Streikbruch verstärkt organisiert wurde, **nicht geschlossen den Kampf abbrach.** In einer derartigen aussichtslosen Situation müssen die Streikenden und ihre führenden Organe auch den Mut haben, so geschlossen wie sie den Kampf begonnen haben, — auch wieder abzubrechen. Ein weiteres Verharren in der Streikfront konnte nur zu den ungeheuren Maßregelungen führen, die zum mindesten fast ganz unterblieben wären, wenn man im geeigneten Moment den Kampf entschlossen abgebrochen, ihn somit auf einen günstigeren Moment verschoben und ungeschlagen wieder in den Betrieb zurückgekehrt wäre.

Aus dieser Niederlage der BVG-Arbeiter gilt es also festzustellen, **daß einmal Streiks im Zeichen der Notverordnungen und der Kampfabwürgungen durch die Schlichtungsinstanzen nur dann erfolgreich sein können, wenn sie entschlossen auf die Basis des Massenkampfes gestellt werden. Erste Parole in jedem Streikkampf ist die unbedingte Ausweitung der Streikfront auf die anderen Betriebe. Streiks sind weiter nur möglich im direkten Gegensatz zur Bourgeoisie. Sie tragen also einen politischen Charakter, der schon Ausdruck finden muß in den Kampfparolen der Streikenden. Voraussetzung für erfolgreiche Streiks ist weiter die absolute Ausschaltung der Gewerkschaftsbürokratie, die Vernichtung der Gewerkschaften als Streikbruchorganisationen überhaupt.** Alle Kämpfe müssen unter alleiniger Führung der Streikenden selbst stehen, wo rücksichtslos alle Organisationsinstanzen ausgeschaltet werden müssen. In aussichtslosen Situationen muß von den Streikenden der Mut aufgebracht werden, im entscheidenden Moment geschlossen in die Betriebe zurückkehren, um durch die Geschlossenheit der Maßnahmen unnötige Maßregelungen zu vermeiden und die Kampfkraft der Belegschaft zu erhalten.

Die größten Lehren aber sind, daß die Arbeiterschaft jetzt entscheidenden Kämpfen entgegen geht, die ausschlaggebend für die Zukunft der Arbeiterklasse sind. Daß weiter die Erwerbslosen entgegen den lügnerischen Behauptungen der Gewerkschaftsbürokraten nicht als Streikbrecher in Erscheinung treten, sondern aktiv in brüderlicher Geschlossenheit alle Kämpfe der Betriebsarbeiter unterstützen. Und diese sich anbahnende gemeinsame Kampffront der Arbeiterschaft, der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen muß auch darin seinen Ausdruck finden, daß die alten unbrauchbaren Organisationen beiseitegeschoben werden, und daß wir uns als Arbeiter ohne Unterschied des Berufes noch sonstiger trennender Momente in den Betrieben und auf den Stempelstellen als Klasse zusammenfinden, als Klasse geschlossen eine Organisation bilden. **Die revolutionären Betriebsorganisationen, sie sind die Waffe der kämpfenden Arbeiterschaft, der Ausdruck ihrer Klassenverbundenheit. In diesem Zeichen, des klassenmäßigen Zusammenschlusses, wird die Arbeiterklasse siegen!**

Notizbuch

Blutbad in Genf

Am 9. November kam es anläßlich einer Demonstration der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen faschistische Provokateure (Nationale Union) zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Militär, daß zum Schutz der Nationalisten abkommandiert war.

Mit den Rufen: „Hoch die Sowjets!" versuchten die Massen, nach der Rede des Sozialistenführers Nicole und eines Kommunisten, die nationalistische Versammlung zu stürmen.

Während der „Vorwärts" vom 10. November in gemeiner Weise von den Handlungen seiner eigenen Genossen abrückt, bezeichnet die „Berliner Börsenzeitung" die Genfer Unruhen als **„ein Fanal für Europa".**

Der schweizerische Bundesrat hat die Bevölkerung unter Militärstrafrecht gestellt. Ungeheure Truppenmassen sind in und um Genf und Lausanne konzentriert. Die Gewerkschaften haben als „Protest" einen 24stündigen Generalstreik durchgeführt.

15 Tote und über 60 Verletzte haben die Schweizer Arbeiter zu beklagen. **Und noch sind die Maschinengewehre der Schweizer Demokratie auf die Proleten gerichtet!** In Genf, Lausanne und anderswo!

NEUE BÜCHER

Otto Mänchen-Helfen:
Rußland und der Sozialismus
Von der Arbeitermacht zum Staatskapitalismus

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin. **20 Pf.**

Diese kleine 30 Seiten starke Broschüre stellt eine saubere Arbeit dar. In sachlicher und überzeugender Form ist reichliches Material aus der russischen Presse ohne viel störendes Beiwerk zusammengestellt worden. Behandelt werden die Fragen der Kollektivisierung, des Verschwindens der Arbeitslosigkeit, der Industrialisierung, der materiellen Lage der Arbeiterklasse, des Wesens des Sowjetstaates.

Durch die Tätigkeit des Verfassers am Marx-Lenin-Institut in Moskau in den Jahren 1927—1929 war es möglich, einen tieferen Einblick in die russischen Verhältnisse zu gewinnen. An und für sich bringt das angeführte Material nicht neue Momente herbei, sondern es unterstreicht nur nachdrücklichst unsere seit Jahren gemachten Feststellungen über den Charakter der russischen Entwicklung.

Belanglos ist ebenfalls, daß der Verfasser ein Sozialdemokrat ist, was nicht im geringsten den sachlichen Inhalt verändert, wobei nie vergessen werden darf, daß die Sozialdemokratie durch ihre verräterische Haltung in den Jahren 1918—20 der russischen Revolution in den Rücken gefallen ist. Unwesentlich sind auch bestimmte sozialdemokratische Formulierungen, die ja von vornherein erkannt werden können. Alles in allem, die Broschüre kann jedem Arbeiter, der sachlich und kritisch zur Rußlandfrage Stellung nehmen will, nur empfohlen werden. Sie ist ebenfalls zu beziehen durch den „Neuen Arbeiter-Verlag".

B. Traven: Die weiße Rose (206 Seiten)

Verlag Büchergilde Gutenberg-Berlin.

Was der Verfasser in diesem Buche schildert, sind stahlharte Erkenntnisse unserer Zeit. Ein Querschnitt durch das Leben und Treiben auf einem alten indianischen Familienbesitz im nördlichen Mexiko einerseits und der modernen Kapitalgewinnler anderseits.

Das Kapital muß sich um des Kapitalgewinnes willen ausdehnen. Das aber geht nicht ohne Gewalttaten, verübt an Konkurrenten, Arbeitern und Bauern. Der Einfluß der Kapitalshyänen auf die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen ist ungeheuer. Nicht die politischen Puppen, die heute als Staatsobenhäupter agieren, beherrschen die Erde, sondern die Magnaten der Industrie und Hochfinanz.

Traven veranschaulicht das meisterhaft: Der Expansion des Kapitals kann die indianische Farm „Weiße Rose" nicht entrinnen. Umgrenzt von ölhaltigen Ländereien, die im Besitz der dollarimperialistischen „Kondor-Oel-Ko." sind, liegt sie da als Land, das nach dem Instinkt der Oelfachleute ölverdächtigt ist. Grund genug, um den Appetit der Oelgesellschaften zu reizen. Und der Präsident der Kondor-Oel-Ko., als Produkt seiner Umgebung, handelt entsprechend den Einflüssen, denen er unterliegt. Im Bewußtsein seiner Machtposition wirft er seiner Lieblingshure ein Millionengeschenk in den Schoß. Er kann sich das leisten, weil ihm die beabsichtigte Eroberung des Oellandes „Weiße Rose" einen Gewinn von vielen Millionen verspricht. Denn Land, das der Oelmagnat begehrt, erhält er… Alle Bemühungen jedoch, das gewünschte Land durch Ankauf zu gewinnen, sind ergebnislos. Der indianische Besitzer lehnt entschieden ab. Er zeigt kein Verständnis für die ihm als Kaufpreis angebotene Menge Goldes. Unter verlogenen Vorwänden wird nun der indianische Besitzer nach einer abgelegenen Gegend gelockt und dort von Agenten der „Kondor-Oel-Ko." planmäßig ermordet. Eine von Rechtsgelehrten der kapitalistischen Ordnung gefälschte Ankaufsurkunde reicht aus: Die „Weiße Rose" wird in stinkendes Oelfeld der „Kondor-Oel-Ko." umgewandelt. Die überlebenden Indianer werden Industrieproletarier.

Das Proletariat muß aus den Rücksichtslosigkeiten seiner Klassenfeinde lernen. Es darf sich nicht länger von Berufsführern zerreißen lassen und seine Kraft in aussichtslosen Gewerkschaftskämpfen verzetteln. Es muß endlich selbsthandeln und rücksichtslos jede Waffe anwenden, die geeignet ist, das kapitalistische Raubsystem zu beseitigen.

Was Traven hier bietet, ist revolutionäre Aufklärungsarbeit. Seine Gestalten, ganz gleich ob moderne Industrieproletarier, indianische Kompadres oder der Oelmagnat mit seinen Huren und Agenten, sind Menschen wie sie auf Grund der bestehenden Gesellschaftszustände tatsächlich sind. Seine Charakteristik der Berufsführer ist ebenso treffsicher, wie seine Beschreibung der Psychotechnik des Kapitalgewinnlers.

Das Buch ist empfehlenswert.

Ikarus.

Anläßlich eines Berichts über die Trauerfeiern in Genf schreibt der „Vorwärts" vom 13. XI.:

„Die Schweiz ist eine alte Demokratie, aber ihr Bürgertum steht an reaktionärer Gesinnung kaum zurück hinter dem irgendeines anderen Landes."

Woraus sich für die Schweizer Arbeiterschaft (Herr Staatsanwalt! — Nicht für die deutsche, denn deren Demokratie ist ja noch so jung.) **die eine Lehre ergibt: F o r t m i t d e r a l t e n D e m o k r a t i e ! Her mit der neuen proletarischen Rätedemokratie!**

*

Hungerdemonstrationen in England

L o n d o n, 6. November. (Eigener-Bericht.) Die von der „National Unemployed Workers Movement" (Nationale Arbeiterbewegung der Erwerbslosen) veranstalteten Hungermärsche und Demonstrationen sind abgeflaut. Die seit 10 Tagen — aus vielen Teilen Englands — nach London geströmten Erwerbsosen werden nunmehr (mit Ausnahme von 3 inhaftierten und unter Ankage gestellten) per Eisenbahn nach ihren Wohnorten zurückbefördert. Insgesamt wurden 69 Personen verhaftet. Es handelt sich hierbei um Erwerbslose, die sich gegen die Polizeiattacken mit Steinen und Flaschen zur Wehr setzten, wobei zahlreiche Polizisten verwundet worden sind. Unter den Inhaftierten befindet sich auch Wal Hannington, der Vorsitzende der NUWM.

Die Bewegung selbst steht unter den Einflüssen der ILP (Unabh. Arbeiter-Partei), der LP (Gewerkschaftspartei) und der MM (Minderheitsbewegung, Moskau-Anhänger). Sie trägt keinen revolutionären Charakter. Die Tatsache jedoch, daß an einigen Orten selbständige Aktionsausschüsse der erwerbslosen Arbeiter, „Unemployed Worker Committees" entstanden sind, zeigt das Werden einer neuen, radikalen Bewegung an.

*

Arbeitermord-Politik

H a m b u r g, 6. November 1932. Während der Zeit vom 29. Oktober bis 4. November, kam es hier an verschiedenen Stellen der Stadt zu Schießereien und blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Antifaschisten, wobei ein Reichsbannermann von Nazis erschossen wurde. Die Zahl der verletzten Arbeiter ist groß. Zwei durch Kopf- und Bauchschüsse verwundete Kommunisten sind inzwischen gestorben.

Obgleich es sich um systematische Ueberfälle der nationalistischen Mordbestien handelt und obschon die Polizei überall mit den bekannten „schärferen Waffen" vorging, wurden weder Nationalisten noch Polizisten erschossen — womit bestätigt wird, daß die von den parlamentarischen Arbeiterparteien betriebene „Politik" lediglich der Ausbeuterklasse zugute kommt. Arbeiter gegen Arbeiter anstatt Klassenkampf! Arbeiter werden wie räudige Hunde niedergeknallt. Den Kapitalisten und (Pst! . . . Notverordnung) aber wird kein Haar gekrümmt.

Jeder weitere Kommentar würde die eindringliche Sprache der Tatsachen nur abschwächen.

*

Sondergerichte arbeiten

Itzehoe — 40 Jahre Zuchthaus!

Im Prozeß über die Itzehoer Unruhen vom 31. Juli, bei denen ein Köllner SA-Mann erschossen wurde, hat das Sondergericht das Urteil gefällt. 10 Angeklagte wurden insgesamt zu ca. 40 Jahre Zuchthaus verurteilt. Davon erhielten der Kommunist **Hildebrand 12 Jahre 2 Monate,** der Kommunist **Rieger 10 Jahre 2 Monate** Zuchthaus.

Bremen — 29 Jahre Zuchthaus!

Am 10. Juli wurden in der Nähe von Bremen einige Arbeiter mit Bomben angetroffen, die sie, nach der Anklage, auf vorbeikommende Nazis werfen wollten.

Wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz wurden nun am 11. November 6 Arbeiter zu insgesamt 29 Jahre Zuchthaus verurteilt.

Breslau — n u r 6 Jahre!

In Breslau standen 7 Nazis vor dem Sondergericht wegen versuchten Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen versuchten Mordes. (Reichenbacher Attentat.) Hier hatte die Justiz eine milde Hand. 6 Nazis erhielten zusammen 6 Jahre Zuchthaus und einige Monate Gefängnis.

Man spürt deutlich den Unterschied. Dort in Itzehoe und Bremen waren es revolutionäre Arbeiter — hier in Breslau stand nationalistisches Gesindel vor dem Gericht.

*

Sonderjustiz gegen BVG-Streik

Im Zusammenhang mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik hat das Berliner Sondergericht bereits 6 Angeklagte, darunter 2 BVG-Arbeiter, zu insgesamt 14½ Jahre Zuchthaus verurteilt.

In den nächsten Tagen sollen noch 15 Prozesse verhandelt werden.

Neuer Kurs der KPD?

Nachdem in der „Sowjet"union großreinegemacht worden ist, kam die deutsche Sektion der Komintern dran.

Und das sieht so aus: Die XII. Plenartagung des Exekutivkomitees der Komintern nahm u. a. zur Lage in Deutschland Stellung. Die „Rote Fahne" vom 16. Oktober verrät darüber folgendes:

„Die Beratungen und Beschlüsse des XII. Plenums bestätigen voll und ganz die Richtigkeit der Orientierung unserer Partei in ihrer scharfen prinzipiellen Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie, gegen alle Versuche, die Strategie unseres Kampfes, um die eigene Klasse abzuschwächen.

In der politischen Resolution des 12. Plenums heißt es: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erolg schlagen und zerschlagen."

Das 12. Plenum beschäftigte sich mit den Auffassungen und dem Verhalten einiger Genossen der KPD, die von der Parteilinie abweichen."

„Die Partei hat die Entwicklung und die Pläne der Bourgeoisie, die bis zur Einsetzung der Papenregierung und zur Durchführung des Staatsstreiches in Preußen führten, durchaus richtig eingeschätzt. Die Partei hat auch die richtige Losung des Kampfes gegen den faschistischen Staatsstreich herausgegeben.

Aber es zeigte sich in der Arbeit der Partei, vor allem in Berlin, dem Schauplatz des Staatsstreiches, eine ungenügende unmittelbare Bereitschaft und ein Versagen der Partei in der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee gegebenen Direktiven."

Nachdem wir nun dies Selbstbildnis der KPD auf Grund der Feststellungen des „Generalstabs der Komintern", zur Kenntnis genommen, müssen wir folgende Tatsachen feststellen:

1. Das XII. Plenum hat die Richtigkeit der Politik der KPD bestätigt.

2. Diese Richtigkeit besteht darin, daß die scharfe prinzipielle (?) Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie richtig ist. Ferner darin, daß die Partei am 20. Juli eine richtige Losung (Generalstreik) ausgegeben hat.

3. Es gibt „einige Genossen" in der KPD, die von der Parteilinie abweichen, — infolgedessen dürften sie an der (vom „Generalstab" bestätigten) Richtigkeit der KPD-Politik berechtigte Zweifel hegen.

4. Hat die Partei am Tage des Staatsstreiches versagt.

Wir fragen: war nun die Politik der KPD bis zum 20. Juli und bis heut **richtig oder falsch?** Sie war falsch! Deshalb allein schon falsch, weil die KPD die **s u b j e k t i v e** Situation des Klassenkampfes unrichtig eingeschätzt hat. Es genügen eben nicht **richtige Parolen** allein, sondern sie müssen auch in der richtigen Situation herausgegeben werden. Der Umstand, daß die KPD am 20. Juli **völlig versagt hat,** spricht Bände: er stellt unter Beweis, daß die Politik der Partei falsch war und ist. — andernfalls ist der Beweis dafür erbracht, daß die 5 Millionen KPD-Wähler eben nur in parlamentarischen Illusionen schwelgten und nicht kampfgewillt waren.

Daß nicht einmal die Mitglieder der KPD der Generalstreikparole am 20. Juli Folge leisteten, ist zu verstehen. Denn welcher vernünftig denkende Prolet wird seine Haut allein einer demagogischen Parteiparole wegen zu Markte tragen. — mit der Aussicht, daß das, was gestern als 100prozentig richtig und linientreu galt, — heut schon das Gegenteil ist. Wir erinnern hier nur an die in letzter Zeit sich einander jagenden Parolen: von der prol. Diktatur kam man zur **Volksrevolution,** dann griff man die b r a n d l e r i s t i s c h e Parole der **Arbeiter- und Bauernregierung** wieder auf und landete bei — der **Arbeiter- und Bauernrepublik.** Zwischendurch erfand man noch das **Programm der nationalen und sozialen Befreiung,** dem durch den **„Kampf gegen Versailles bis zum Tod"** neuerdings die Krone aufgesetzt wird.

Da ist es dann wirklich kein Wunder, wenn solch eine durch und durch bolschewisierte Partei bei jeder Gelegenheit versagt, versagen muß, — weil die Mitglieder nie wissen und abschätzen können: ist es wirklich ernst gemeint, oder ist es nur ein neuer Wahlschlager.

Da es in den Sektionen der Komintern gang und gebe ist für begangene Fehler, die stets in der falschen Gesamthaltung der 3. Internationale zu allen Fragen des Klassenkampfes ihre Begründung finden, einen Sündenbock zu suchen, so mußte diesmal China-Heinz dran glauben. Heinz Neumann wurde in die Wüste geschickt, weil er sich wandte „gegen die Formulierung: „Den SPD-Arbeitern die Bruderhand!", die er als „Nachlaufen hinter den Sozialdemokraten" bezeichnete; **weiterhin versuchte er die Losung der „Roten Einheitsfront" in „Rote Arbeiterfront" umzuwandeln, und verfolgte eine Linie des Unverständnisses für die Bedeutung der innergewerkschaftlichen Oppositionsarbeit."** Weiterhin wird Neumann vorgeworfen, daß er die Losung verfochten: **„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!"**

Das Interessante an diesen Vorwürfen ist die Tatsache, daß es innerhalb der KPD einen „sektiererischen" Flügel gibt, der anscheinend auf die Gewerkschaftseroberung verzichtet, weil er die Parole von Ulbricht: „Eroberung der Zahlstellen" usw. für blöde, — für aussichtslos hält. Es ist auch zu verstehen, wenn Neumann usw. sich gegen die Parole von der „Bruderhand" wandte, weil das mit der Theorie vom Sozialfaschismus nicht übereinstimmt. So falsch auch die Losung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" sein mag, — **aber ist diese Losung nicht jahrelang von der gesamten KPD-Presse propagiert worden?**

Hat nicht die gesamte Parteimitgliedschaft diese, heut als falsch erkannte, Parole an alle Wände geschmiert?

Hat Teddy jemals gegen diese Losung öffentlich rebelliert?

Wer war denn bis jetzt der eigentliche Parteiführer? War es etwa Neumann?

Uns scheint es, als ob das Gerücht, welches in internen Kreisen kursieren soll, den Tatsachen entspricht, nachdem Heinz dem Teddy die falsche Linie in die Feder diktiert haben soll.

Das Scherbengericht, das jetzt über Heinz Neumann gehalten worden ist, beweist klar und deutlich die geistige Hohlheit einer Parteiführung, die Sündenböcke braucht zur Verdeckung der Tatsache, daß sie historischen Situationen nicht gewachsen ist. Dieses Nichtgewachsensein entspringt der falschen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Einstellung der KPD, die nicht erkennt, daß es in Deutschland (in Westeuropa überhaupt!) nicht darauf ankommt, Millionen an der Wahlurne und in den konterrevolutionären Gewerkschaften zu versammeln, **sondern daß es darauf ankommt, feste, klare und entschlossene kommunistische Kerne zu schaffen.** Diese Kerne sollen kein Sektiererdasein fristen, sie sollen wachsen und stärker werden. Jedoch nicht auf Kosten ihres Prinzips, sondern dadurch, daß sie die Massen auf ihr Niveau emporziehen.

Die KPD hat schon zum xten Male Scherbengerichte veranstaltet und die Linie geradegerückt. Das ist nichts Neues. Aber die Ursachen des ständigen Versagens der Partei sind dadurch noch nie beseitigt worden. Diese Ursachen beruhen z. T. in einer falschen Einschätzung der Spontanaität der Massen (der Berl. Verkehrsstreik bewies das deutlich), ferner in der absolut opportunistischen Parolenschusterei mit dem ausschließlichen Ziel, man ja den letzten Kleinbürger für die KPD zu gewinnen. Solange der Kurs der KPD nicht auf Klassenpolitik, statt „Massenpolitik" im sozialdemokratischen Sinn, gerichtet ist, wird sie stets versagen.

Deshalb gehört dem antiparlamentarisch-antigewerkschaftlichen Rätekommunismus die Zukunft, der auf seine Fahne geschrieben hat: **Alles für die Klasse! Alles durch die Klasse!**

Zum Konflikt in der Seeschiffahrt

Hamburg, den 29. Oktober 1932.

Der seit Monaten von den Reedern gekündigte Heuertarif in der deutschen Seeschiffahrt ist nach Ablauf der Kündigungsfrist, bis zum 30. November d. Js. verlängert worden. In Anbetracht der vorhandenen Kampfbereitschaft der Seeleute gegen den beabsichtigten Lohnraub und der gegenwärtig günstigen Lage in der Passagierschiffahrt, sah das Reederkapital sich gezwungen, seine Forderungen einstweilen zurückzustellen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt durchzusetzen.

Zweifellos hat dieser — auf dem „bewährten" Verhandlungswege getätigte — Aufschub die Illusionen über die Rolle der Gewerkschaften eher genährt als zerstört. Aber schon die nächsten Ereignisse auf diesem Gebiet dürften selbst dem rückständigsten Lohnsklaven die Erkenntnis einhämmern, daß man einen erfolgreichen Kampf gegen die Kapitalshyänen nicht mehr mit Verhandlungskünsten und Teilstreiks führen kann.

*

Ein besonders lehrreiches Kapitel bietet die — durch einen Streik „erreichte" Tarifverlängerung in der holländischen Seeschiffahrt. Dieser Kampf war für das Seeproletariat von vornherein aussichtslos, weil es an der Führung des Streiks völlig unbeteiligt war. Aus „taktischen Erwägungen" der Instanzen wurden denn auch die beiden größten Reedereien, die „Mantschaagij Nederland" und der „Rotterdamsche Lloyd", nicht mitbestreikt. Nicht allein deswegen, weil der NVV (Niederländischer Fachverband) Inhaber einiger Aktienpakete der genannten Reedereien ist, sondern vielmehr, weil er als Gewerkschaft sich nur noch durch seine — von der Entwicklung zugewiesene — Sklaventreiberrolle gegen das Proletariat behaupten kann. Davon zeugt auch die Tarifverlängerung, die die tariftreuen Gewerkschaftsanhänger in 3 Gruppen zersplittert hat. Die Reeder aber sind dadurch gegen ernsthafte Störungen in der holländischen Seeschiffahrt gesichert. Sie werden diese Sicherung benutzen, um eine Gruppe der Seeleute nach der anderen zu versklaven. Jedenfalls sind die Tage der „hohen Heuern" in der holländischen Seeschiffahrt gezählt. Denn es ist nicht zu erwarten, daß sich die ideologische Umstellung der Seeleute schon in einigen Wochen vollzieht.

So betrachtet, stellen die Beispiele aus der holländischen und deutschen Seeschiffahrt einen vollen Sieg der Bonzen über die Massen dar. Auch die Seeleute werden lernen müssen, daß ein erfolgreicher Kampf gegen das Kapital nur g e g e n die Taktik und Organisation der Gewerkschaften möglich ist. Und der Kampf steht noch aus. Sicherlich wird er Tat werden. **Es gilt die Führung dieses Kampfes so zu organisieren, daß die direkte Einflußnahme der Seeleute auf ihre Kampforgane in jedem Augenblick gewährleistet ist.** Mittel und Wege hierzu zeigt die revolutionäre Bordorganisation der KAU.

*

Die englische Seemannsgewerkschaft „National Union of Seamen" ist auf Beschluß der Vorstände dieser Organisation der „Internationalen Transportarbeiter-Föderation" (Amsterdam) beigetreten.

Die Besitzer der NUS sind bange um ihre Existenz. Die gegenwärtigen Rebellionen der englischen Massen haben es ihr angetan. Für das Seeproletariat hat dieser Anschluß wenig Bedeutung, weil der Kampf, den die Seeleute aller Länder zu führen haben, nur auf der Grundlage proletarischer Klassensolidarität erfolgen kann und sicherlich nicht vor der Papiergirlande dieser „Internationale" Halt machen wird.

Die Faschisierung der Gewerkschaften marschiert

Der Faschisierungsprozeß der Gewerkschaften wird nicht nur durch die Reden der Führer, sondern durch die Praxis der Gewerkschaften mehr und mehr enthüllt. Die Gewerkschaften vertreten heute schon ganz offen die Interessen der Bourgeoisie gegen die Interessen des Proletariats. Das beweisen die großen Streiks der letzten Zeit, besonders der Berliner und der Hamburger Verkehrsstreik. Die Gewerkschaften haben in diesen Streiks alles Erdenkliche getan, um den Kampf der Arbeiter zu verhindern bzw. zu unterdrücken. Wir gehen an anderer Stelle ausführlich auf den Berliner Verkehrsstreik ein und brauchen hier nur noch einmal an die Tatsachen zu erinnern: Unmittelbar nach der Streikabstimmung die Erklärung der Gewerkschaften, es dürfe nicht gestreikt werden, weil die gesetzlich vorgeschriebene Dreiviertel-Mehrheit nicht erreicht sei; dann, als der Streik dennoch ausbricht, die Behauptung, es sei ein „wilder Streik", den die Gewerkschaft nicht unterstützen dürfe; und nach Verbindlicherklärung des Schiedsspruches, der den Lohnraub anordnet, schließlich die direkte Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, weil eine Fortführung des Streiks ungesetzlich sei; **Organisierung des Streikbruchs Hand in Hand mit den übrigen Organen der Bourgeoisie, mit Polizei und Gerichten!** Der Hamburger Verkehrsstreik zeigte das gleiche Verhalten der Gewerkschaften, auch hier organisierten sie den Streikbruch, als der Streik noch in vollem Gange war! (Besprechung mit den städtischen Stellen zwecks Inbetriebsetzung der Walddörfer und Langenhorner Bahn).

Diese Tatsachen sprechen noch deutlicher als die Rede Papens vom 24. Oktober (vor den märk. Obermeistern des Handwerks), in der er sich für die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Tolerierung seines Wirtschaftsprogramms bedankte; die Praxis der Gewerkschaften zeigt, daß sie Herrn v. Papens Lobes würdig sind!

Die Frage, warum die Gewerkschaften — ursprünglich von den Arbeitern geschaffen zur Vertretung ihrer Interessen — heute eine derart arbeiterfeindliche Politik treiben, kann nur von den ökonomischen Grundlagen ausgehend beantwortet werden: In reformistischer Weise können sich die Gewerkschaften nicht mehr betätigen, weil in der heutigen Krise die Kapitalisten auch nicht die geringsten Zugeständnisse mehr machen, im Gegenteil, nur durch schärfste Ausbeutung und Niedertretung aller Interessen des Proletariats den Kampf um die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems führen können. Der Reformismus ist bankrott, weil das kapitalistische System selbst bankrott ist! Eine Brücke zwischen den Interessen der Kapitalisten und den Interessen des Proletariats gibt es in der Krise nicht mehr: Die Kapitalisten kämpfen um ihren Profit, den sie nur durch brutalste Ausbeutung, die bis zur Vernichtung großer Teile des Proletariats geht, retten können, und die Arbeiter kämpfen um ihre Existenz, die sie nur im Kampf gegen das kapitalistische System verteidigen können. Wenn Papen in seiner letzten Rundfunkrede erklärte, jeder Streik sei Sabotage an seinem Ankurbelungsprogramm, so hat er durchaus recht: Da die Rettungsprogramme der Bourgeoisie nur gegen sämtliche Interessen und Rechte des Proletariats durchgeführt werden können, ist jede Abwehr des Proletariats eine Gefährdung der Rettungsmaßnahmen. Die Frage: reformistisches oder revolutionäres Vorgehen ist heute geschichtlich überholt; jeder Lohnkampf, konsequent durchgeführt, ist heute revolutionär und von unübersehbarer Tragweite. Die Terrormaßnahmen der Bourgeoisie gegenüber jeder Abwehraktion des Proletariats legen ein beredtes Zeugnis dafür ab.

Für die Gewerkschaften kommt der revolutionäre Ausweg überhaupt nicht in Frage. Ihr ganzer Apparat steht und fällt mit der Verankerung im Staat; sie haben gesetzliche Rechte und Pflichten (Tarifkontrahentenpflicht, Friedenspflicht usw.) und den gutbezahlten Gewerkschaftsbürokraten, die den Apparat beherrschen, liegt nichts ferner als ein Konflikt mit der Staatsgewalt. Die Arbeiter, deren Organ die Gewerkschaften sein sollten — und ursprünglich waren — sind gegenüber dem Apparat machtlos. Und so stellen sich denn die Gewerkschaften voll und ganz auf die Seite der Bourgeoisie, helfen, das „Ankurbelungsprogramm" durchführen oder, um mit Tarnow zu sprechen, geben der Regierung „eine Chance, die Brauchbarkeit ihres Programmes unter Beweis zu stellen".

Die Gewerkschaften werden — das läßt sich auf Grund ihrer augenblicklichen Praxis schon voraussagen — jede Aufgabe, die der Staat ihnen zuweist, pflichtgemäß erfüllen. Aber das Proletariat wird sich auf die Dauer durch keine sozialistischen Phrasen, kein „Umbauprogramm" oder andere Manöver täuschen lassen. Die Position der Gewerkschaften im Berliner und Hamburger Verkehrsstreik auf Seiten von Kapitalisten und Polizei wird nicht so leicht in Vergessenheit geraten!

Was Teddy erzählt

Did wir im Lande der technischen Wunder leben, wissen wir. Daß es aber derartige technische Wunder gibt, wie sie bei der letzten Wahl (?!) dem „Führer" der Kommunistischen Partei Deutschlands, Stoltzen usw., passiert sind, darüber standen sogar die letzten Spießbürger in Deutschland.

Und komisch ist es immer, wenn Wahlen sind, dann mit einemmal entdeckt die KPD etwas, was sie sonderlich tun muß. Sie entdeckte also in Moskau, daß sie einen Parteitag abhalten müsse, am 31. Juli, oder man sieht ja, „Antifaschistischer Kongreß" auf, auf denen, unter Begeisterung des ganzen Plenums, der antifaschistische Arbeiter erschien, daß sie auf der Fahrt von Schneidemühl bis Berlin „entdeckt" haben, daß die KPD die alleinseligmachende, katholische Kirche, Bauernverbrecher, seien hätten wir uns beinahe wieder verschrieben, es soll natürlich heißen, die einzige revolutionäre Partei in Deutschland ist. — Bei der letzten Wahl, der 3te, hatte man ein ganz ausgezeichnetes Argument gefunden, Trotzdem das „Sturmzeichen" in diesem Jahr überhaupt angekurbelt wurde, ist man um Wahlbonbons nicht verlegen.

Diesmal mußte Teddy wieder herhalten. Man schickte ihn erst ins Kleid und ließ ihn in Kundendienen ziehen, bevor er ihn auf Rosa-Front sagte.

Und dann mußte er nach Paris reisen.

Es sind im Laufe der Zeit viele Akkorde bei „Partiereisen" geschlagen und nicht geschlossen worden. Zum Beispiel haben sie Preußen voll 240 Monate gebraucht, um nach Paris zu reisen, haben es aber nicht geschafft. Und zwar haben sie diese Reise am 1. 8. 1914 unternehmen, zum Pressschießen natürlich. (?)

Den „ersten Justav von Potsdam", nicht den „Gustav von der ersten Front", kennt jedes „deutsche" Kind. Dieser unternehmungslustige „deutsche" berühmte Droschkenkutscher „schaffte" die Reise nach Paris in 30 Tagen.

Wie lange Teddy gebraucht hat, dieser Ernst mit Namen, Thälmann, muß mit Hintersinnen, ähnlich dieser Weltrekord, indem er das Wagnis in 24 Stunden schaffte, ist erstaunt ihr, was 3 Jahrzehnte alles treiben kann, was?!. Dabei reiste er nicht bloß, oh, nein! Er machte es genau wie Justav, der „Rosse lenker" und gab in öffentlichen Versammlungen seine Visitenkarte ab.

Essen, Paris, Berlin-Sportpalast in 24 Stunden! Ne ganz schöne Leistung!

Was der Körper zu viel bei dieser Leistung getan hat, das tat der Geist zu wenig. Und so ist Ernst der „Große" auch bei dieser Reise ergänzt, **Marx hoch 2 ausrückt.**

Wieviel Schmiede nun wieder tätig sein müssen, um die verbogene Linie wieder gerade zu biegen, muß die Zeit und die Zukunft lehren. Man kann nun einmal nicht auf der einen Seite für den Kommunismus kämpfen, und auf der anderen Seite für die Befreiung „unterdrückter Völker" eintreten, wie es das ZK der KPD vor 1929 immerhin tat.

Doch um zum ernsten Teil unserer Darlegungen zu kommen, muß die Frage beantwortet werden: **„Warum ist Teddy noch Frankreich gefahren?"** Soll man der „Roten Fahne" glauben, so deshalb, um eine Verbrüderung der deutschen mit den französischen Arbeitern herzustellen, und eine Proklamation vorzulegen, um den Kampf aufnehmen zu können, gegen den „Schandvertrag von Versailles", der die „Völker" unterdrückt. Die „Rote Fahne" vom 26. Oktober 1932 ist in diesem Sinne aufgemacht. In dem in dieser Zeitung abgedruckten Manifest be-

Sammelt
für die politischen Gefangenen

wird sich das ZK in dauernden Widersprüchen, nationalen Phrasen, die man anscheinend deshalb hinausgestaltet hat, um den Nazis haben wir drüben das Wasser von ihrer „Wahlmühle" abzugraben, „Den Vogel schießt man ab, indem man am Schluß des Aufrufes schreibt: **„Kampf für das Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens."** Das ist eine rein chauvinistische Parole. Mit diesem Ding hat der General Hoffmann 1917 die Ukraine „aufsehnert", Polen in „Gestalt" genommen. Die Baltenländer „abgerissen" von Rußland.

Aber wenn man mit Stinkenziger, Giesecke und roten Schupozellen den „revolutionären Volkskrieg" nach Westen tragen will so liegen auch diese chauvinistischen Parolen auf gleicher Linie.

Wie wenig Teddy seine eigene Parteitreue schätzt, kennt man ja erst vor einem anderen „Führer", Trotzky, sagen lassen, und zwar in Trotzkys neuer Broschüre **„Der einzige Weg"**, auf Seite 29, wobei Trotzky feststellt: auf **„Antworten Thälmanns? 21 Fehler Thälmanns!"** Wesentlich aber ist, was ihm Lenin ins Stammbuch schreibt, trotzdem wir diesen Standpunkt nicht decken. In der Broschüre: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" von Lenin, Leitnie 1920. Seite 54—55:

„Jetzt aber ist die Lage offenbar derart, daß die Kommunisten Deutschlands sich nicht binden und die unbedingte Ablehnung des Versailler Friedens im Falle des Sieges des Kommunismus versprechen müssen. — Das wäre dumm". Sie müssen sagen: die Schiebungen mit der Kautskyaner haben eine Reihe von Verrätereien begangen, die das Bündnis mit Sowjetrußland, mit Sowjet-Ungarn erschwert, zum Teil direkt zehindert haben. Wir Kommunisten werden dieses Bündnis mit allen Mitteln erleichtern und vorbereiten, wobei wir durchaus nicht verpflichtet sind, den Versailler Frieden unbedingt und zudem sofort abzulehnen." — Und weiter unten:

„Die Imperialisten Frankreichs, Englands usw. provozieren die deutschen Kommunisten, stellen ihnen eine Falle: „Saat, daß ihr den Versailler Frieden nicht unterschreiben werdet!" Und die linken Kommunisten (damit meint Lenin die Unionisten, die die KPD mit Schierer beschimpfen) fallen auf diese Falle, wie Kinder in diese Falle, anstatt geschickt gezeigt den hinterlistigen und im exzidenten Agenten der Bourgeoisie, anstatt ihn zu sagen: „Jetzt werden wir den Versailler Frieden unterschreiben."

Hoffentlich wird nun Lenin nicht von seinem Freund Hekkert als Menschewik erklärt, wie dieser mit der Gen. Rosa Luxemburg verfahren ist. Um aber seine Parteitreue nicht zu ihre Entwicklung zu hemmen, empfehlen wir diesen großen Führer der einzigen revolutionären Arbeiterpartei das Studium folgender Schriften:

1. Lenin: „Kompromisse", erschienen im „Bolotschi Puti" Nr. 3 vom 6. 8. 1917, nachzulesen im Aszuz Lenins Werke.
2. Karl Liebknecht: „Politischer Nachlaß". Herauszogen vom Franz Pfemfert-Verlag. Seite 50—53.

Aber den übrigen Proletariern teilen wir noch mit, daß in der französischen Kammer, sowohl wie im deutschen Reichstag mit Hilfe kommunistischer Anträge diese Frage niemals erörtert werden kann.

Lösen kann sie die proletarische Klasse nur, indem sie die Frage der proletarischen Revolution auf die Tagesordnung setzt.

So war auch Teddys Reise weiter nichts wie eine „Wahlbombe", die leider wieder zu früh platzten muß.

Und auf solche Dinge, da fallen noch Proletarier rein und bezahlen für dieses „Allemhuter" noch Eintrittsgeld.

Erwerbslose berichten:

Hungerkongreß?

Immer kurz vor einer Wahl versucht die KPD mit Theaterdonner auf der Arena der Wahlkampagne, verhilft mit einer überparteilichen Tuga, größere Massen mit ihren Stimmen und ihrem Geldbeutel für sich zu gewinnen. Ob dabei die wirklichen Interessen des Kommunismus leiden, ob dadurch die größten Güter des Proletariats verschachert werden, ob dadurch die größte Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft getragen wird, das ist der KPD-Führung Grundsatz, wenn sie mit den Indifferenten, Alt- und Neu-Nazis, mit der Rattenfängerei der Erfolg ausblieb, versuchte man es bei der nächsten Wahl mit den Gewerkschafts- und SPD-Arbeitern. Da auch diese Nummer nicht zog und selbst der „rote General des deutschen Proletariats" Schiffbruch erlitt, versuchte man es mit der Einheitsfront und der Antifaschisten Aktion. Vor der Reichstagswahl am 31. Juli zog man einen überparteischen Massenselbstschutz gegen Faschismus auf. Man verkaufte tausende Abzeichen der Antifaschistischen Aktion. Man machte den Dreh von überparteilichen Konferenzen, deren Ergebnis war, die Interessen für die Wahl der Liste 2. Bis die Theorie der Sinn dieses Betruges richtig erfaßten, war die Wahl bereits vorüber. Man berief Betriebsräteschulungen und Antifa-Leute zusammen. Wo die Kleingewerbetreibenden gewählt wurden, entzieht sich der Kenntnis des Schreibers). Unter anderen wurden auch ein KAU- und ein KAPD-Genosse gewählt.

Schon auf der Einheit in den Konferenzsaal merkte man die **Ueberparteilichkeit in Form von Aufrufen zur Wahl der Liste 3.** Jeder Delegierte mußte seine Mark" aufbringen, um Zutritt zu erhalten und erhielt eine Kongreßmappe, deren **überparteilicher Inhalt Zeitungen und Broschüren** der KPD, eine **Thälmann- und eine Zwickelbroschüre waren.** Was die Zwickelbroschüre mit einem Hungerkongreß zu tun hat, darüber vermochte selbst die KPD vielleicht ein Preisausschreiben, Delegierte, welche diese Mark nicht aufbringen konnten, erhielten eine **leere Mappe und demzufolge auch kein Stimmrecht.** Bei Wahl des erweiterten Präsidiums wurde auf Wunsch des Leiters **eins Nazi in Uniform** gewählt. Berichtung und Referate, in denen unter anderem erklärt wurde, die volle Arbeitslosenunterstützung müsse wieder gezahlt werden, die volle und des Staates führen, standen im nachmittag. Mit anderen Worten heißt das, man soll den Kapitalismus totfressen, was auch ein Zwischenruf bestätigte. Wie weit hat sich die KPD vom sich totfressen, totschlagen, oder totarbeiten." Die Mandatsprüfungskommission gab dann Bericht und stellte unter anderen außer KPD und Parteifeinde, 11 SPD, 2 SAP, 2 Zentrum, 2 Deutschnationale und 7 Nazi fest. Als erster Diskussionsredner trat ein Nazi auf, als zweiter ein Zentrum, dann folgte ein Kleingewerbetreibender usw. Die Redezeit war in der vorliegenden Tagesordnung, schon vorher auf 10 Minuten festgelegt.

Brennglas

Wie sich der kleine Moritz den Kommunismus vorstellte oder: Verwechsle, verwechsle das Bäumelein

Während sonst bei fast jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die KPD mit einem Nazi-Offizier aufwarten konnte, der mit fliegenden Fahnen in das Lager der einigen **nationalen** und sozialen **Freiheitsparol** seinen Einzug hielt, — hat diesmal die Nazi-Partei den Vogel abgeschossen, indem sie durch ihre Presse vor der Wahl triumphierend mitteilen konnte: **„KPD-Führer kommt zu Adolf Hitler — Leutnant Scheringers Freund für Liste 1."**

Gerhard Giesecke (ehem. Polizeioberleutnant) heißt die allernetteste Erwerbung der NSDAP.

Wer ist Giesecke? fragt der „Vorwärts" vom 31. X. und teilt dabei u. a. mit:

„Giesecke trat im Herbst 1928 aus der Sozialdemokratischen Partei aus und im Frühjahr 1929 in die Kommunistische Partei ein.

Anfang Juli 1932 meldete er sich bei Genossen Künstler, um eventuell in die Sozialdemokratische Partei zurückzukehren. Da er nicht die erwartete Aufnahme fand, wandte er sich am 6. August an die sozialdemokratische Parteivorstand mit einer Beschwerde, mit der er aber ebenfalls kein Glück hatte. In dem Beschwerdebrief heißt es zum Schluß:

Und dabei haben Sie es doch, wenn Sie den rechten Weg gehen, so leicht. Hunderttausende in ihre Reihen und der KPD zurückzuholen."

Durch die Nazi-Presse lief eine **Erklärung** Gieseckes, der wir folgendes entnehmen:

„Als im August 1930 das Zentralkomitee der KPD das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung" herausgab, hatte ich gehofft, daß der Zeitpunkt näher rücke, an dem die Kommunistische Partei gewillt sei, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die nationale und soziale Befreiung Wirklichkeit werden zu lassen. Aber allmählich mußte ich mir in immer stärkerem Maße die Erkenntnis auf daß dieses Programm von der KPD nicht ernst herausgegeben worden ist, um der nationalen und sozialen Befreiung zu dienen, sondern um die nicht bolschewistischen Massen innerhalb der nationalsozialistischen Partei von dieser gigantisch wachsenden Bewegung abzulocken und der international geführten KPD zuzuführen. Und gerade die letzten zwei Wochen haben dies erkennen lassen, als mit beispielloser Rücksichtslosigkeit derjenige kommunistische Führer (Heinz Neumann, Die Schriftl.), der allen Genossen als geistiger Schöpfer des Programms der nationalen und sozialen Befreiung bekannt war, unter dem starken Beifall des Plenums des Zentralkomitees all seiner leitenden Funktionen enthoben wurde."

Nun wissen wir also, wer Giesecke ist! Ein ganz übler Konjunkturpolitiker, mit dem die KPD dereinst Parade rat. Giesecke gehörte zum Scheringer-Kreis und war der Herausgeber der Scheringer-Zeitschrift **„Der Aufbruch"**, um die sich alle **nationalbolschewistischen Offiziere und Adelsgestalten** gruppiert hatten, die seinerzeit von der KPD mit offenen Armen aufgenommen worden sind.

(Auch die von der KPD herausgegebene Broschüre „Wie sich der kleine Moritz den Kommunismus vorstellt" stammt aus seiner Feder.)

Einer von denen ist nun aufgebrochen, — ob der anderen folgen werden, sei dahingestellt.

Der Fall Giesecke kennzeichnet klar und eindeutig, wohin die **nationale Agitation der KPD** führt: **nicht zur kommunistischen Revolution, sondern zur Partei des Hitlerfaschismus!**

Ehrlich, klassenbewußte KPD-Arbeiter können daraus nur eine Lehre ziehen: **Heraus aus der nationalistisch versuchten „Kommunistischen" Partei Deutschlands! Hinein in die Kommunistische Arbeiter-Union!**

*

KPD für Tariflöhne — und Tarifverträge

Das Zentralorgan der KPD „Die Rote Fahne" veröffentlicht in seiner Nr. vom 26. X. eine Notiz **„Aufhisser, Löbe, Urich!"**, der wir folgende bezeichnende Sätze entnehmen:

„Wir sind aber gespannt darauf, wie Künstler beweisen will, daß wir jemals die Tariflöhne bekämpft haben. Wir waren und sind für den kollektiven Arbeitsvertrag, der die Arbeiter durch ihre selbstgewählten Vertreter abschließen."

Sonderbar, sehr sonderbar! Einerseits „beklimpft" die KPD den Schlichtungsschwindel, der mit dem Tarifwesen eng verbunden ist, — andererseits jedoch ist sie für Tariflöhne und kollektiven Arbeitsvertrag (also Tarifvertrag usw.) und bindet dadurch in der Praxis die Proleten an die Gesetzlichkeit des kap. Tarifwesens.

Wir wußten dies längst. Jedoch viele KPD-Anhänger glaubten uns das nie, wenn wir es aussprachen. Jetzt haben sie die Bestätigung für die Richtigkeit unserer Kritik aus **erster Hand.**

Was die „selbstgewählten" Vertreter betrifft, — nun, die einen sind von Gott auserkoren und die anderen **lassen sich von Proleten wählen. Fragt sich bloß, wie solche Wahlen zustande kommen.** Wir kennen das! Na, reden wir nicht weiter darüber.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Werner Hollmann, Dresden, Direrstr. 110.
Druck: Willy Isedonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

Preis 10 Pf

Kommunistischer Arbeiter

organ der Kommunistischen Arbeiter-Union
Wirtschaftsbezirk Ostsachsen (Revolutionäre Betriebs-Organisation)

Jhrg. 1 / Nr. 2 — Erscheint nach Bedarf. Zu beziehen durch die Funktionäre der KAU und Verlag. — September 1932

Schluß mit dem Wahlbetrug!

Auf zum Klassenhandeln!

Am 12. September ist der eben erst gewählte Reichstag wieder aufgelöst worden. Nur zwei Stimmen konnte das Juli-Parlament abhalten, dann war es schon vorbei mit seiner buntscheckigen Herrlichkeit.

Die letzte Reichstagssitzung war geradezu eine Tragikomödie. Papen kam gar nicht mehr dazu, seine Programmrede vom Stapel zu lassen. Das Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung wurde mit der Mehrheit von 512 zu 42 Stimmen angenommen, — ein in der deutschen Parlamentsgeschichte wohl einmaliges Ereignis. Die Ernteergebnisse, sind so gut, daß der Mehrzahl der betreffenden Einfuhrländer für Agrarprodukte jeder Einfuhrbedarf wegfällt, entsprechend auf ein Minimum beschränkt wird. Von dieser Tatsache werden nun allem die Getreideexportländer betroffen, wo bei einem ungeheuren Ernteüberschuß jede Exportmöglichkeit mit Rücksichten auch arbeiten muß, arbeiten muß, was noch vorhandenen Handelsbilanz liegen klar auf der Hand. Eine weitere angeborene Krisenverschärfung ist die Folge.

Angesichts dieser tatsächlichen Krisenverhältnisse von einem Umschwung der Weltkrise zu reden ist bezeichnend für die Ernsthaftigkeit der bürgerlichen Wissenschaft. Die Erwerbslosenziffern aller Länder — wir berichten darüber an anderer Stelle — steigen lustig weiter. Die Produktionsziffern gehen in nie gekannte Tiefen. Der Massenkonsum wird immer mehr gedrosselt. Der Außenhandel der kapitalistischen Länder stagniert. Der Rückgang der kapitalistischen Warenproduktion und des Warenumsatzes geht in die Hunderte von Milliarden Buch.

Gegenüber diesen Ziffern gewinnen die Pläne der kapitalistischen Regierungen groteske Formen. Mit Riesenprogrammen wollen die Don Quichottes der kapitalistischen Regierungen den Weltbrand der kapitalistischen Krise löschen. Unfähig des Mechanismus ihrer Gesellschaftsverhältnisse zu meistern, laden den Ritter von der traurigen Gestalt den ausgepowerten und ausgeplünderten Massen des Proletariats die Lasten der Weltkrise auf.

Das Proletariat aber muß diese Gesellschaftsordnung hinwegfegen und die kommunistische Bedarfswirtschaft errichten.

Einige Zahlen über die Weltarbeitslosigkeit

Die AF. of L., der reformistische amerikanische Gewerkschaftsspitzenverband, gibt am **3. Sept. für USA die Erwerbslosigkeit mit rund 14 Millionen an.**

Deutschland zählte nach dem letzten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung **rund 6 Millionen registrierter Erwerbsloser, hinzu kommen** ebenfalls nach dem Bericht des Instituts **rund 2 Millionen nicht registrierter**, so daß in Deutschland **rund 8 Millionen erwerbslos sind.**

In England wurden am 29. August **2 839 825 Erwerbslose gezählt,** das sind um **rund 50 000 mehr** als Ende Juli.

In **Polen** schätzt man auf rund **eine Million Erwerbslose.**

Für **Japan** ist diese Zahl weit überschritten und soll sich ständig steigern.

Italien registriert **rund 950 000** Erwerbslose, von denen **279 000 unterstützt werden.**

In der **Tschechoslowakei** steigt die Erwerbslosigkeit weiter; es werden jetzt **schon 459 400 offiziell gezählt.**

Oesterreich zählte Ende August 305 179 unterstützte und etwa 150 000 nichtunterstützte Erwerbslose. Hinzu kommen ungefähr 60 000 Altersrentner, so daß ungefähr 500 000 voll werden.

Frankreich zählte am 20. August **266 753 Erwerbslose;** diese verhältnismäßig niedrige Zahl, da ist nämlich vorgesehen Arbeitslosenunterstützung, daß bereits **hunderttausende ausländischer Arbeiter ausgewiesen** worden sind, oder ohne Arbeit und nicht registriert in Frankreich leben.

In allen Ländern könnten die Zahlen verlängert werden. Ein großer Länder gibt schon lange nicht mehr die offiziellen Zahlen an. **Trotzdem ist festzustellen, daß trotz allem Gerede vom Umschwung der Krise ein weiteres angebeutes Anzeichen der Weltarbeitslosigkeit festzustellen ist.**

B.-O.-Funk

Unionist zu 4 Monat Gefängnis verurteilt

Von Nazis überfallen, niedergestochen — und dann zu vier Monat Gefängnis verurteilt. So erging es einem Mitglied des 7. Berliner Unterbezirks der KAU, welches bei von Nazis provozierten Zusammenstößen in der Kaststraße verhaftet wurde.

In **Homberg** sitzen ebenfalls noch 15 Genossen, die von Nazis in den Wohnungen überfallen worden sind.

In **Essen** wurden 13 Genossen auf Grund von Vorgängen aus dem Jahre 1923 verhaftet, obwohl die „Straftaten", die sie angeblich begangen haben sollen, bereits mehrmals amnestiert wurden.

Wie unser zweiter Bezirksleiter, Genosse Schmidt, in dem Prozeß der kapitalistischen Republik zu Recht feststellte, ist auch die KGO-Prolet'arier bereit, wenn ihr Bekenntnis zum Kommunismus keine Phrase sein soll.

Die „Metallarbeiter" haben getagt

In einer Zeit außerordentlicher Bedrohung der Arbeiterklasse durch den vorstehenden Kapitalismus, einer Zeit, wo in Deutschland mit Hilfe der Regierung Papen, als Besatztrage der Herren von Schlot und Korn, den Arbeitern die letzten Ueberreste eines Schutzes von Demokratie und sozialer Einrichtungen gerauft werden, in einer Zeit, wo die Meute der bonetten Deutschen dazu überzieht, das Proletariat mit allen Mitteln, die sie überhaupt anwenden kann, wie eine Zitrone auszupressen und politisch und wirtschaftlich zu Boden zu drücken, wo der Einbruch in die 40 Millionen durchkämpften Tarifverträge", erfolgt, tagte in **Dortmund der Verbandstag der Metallarbeiter.**

Seine Resolutionen, seine Beschlüsse hätten eigentlich wie Fanfarenklänge widerhallen müssen in den Herzen der Proletarier. Sie hätten eine einzige auf dem Boden des Klassenkampfes fußende Kampfansage gegen die Reaktionäre der Barone sein müssen. **Nichts von alledem!**

Im Gegenteil. Der Vorsitzende Brandes konnte noch die wenigen zu bilden klassenbewußt fühlenden Stimmen verächtlich machen, indem er ausführte:

„Auf alles Gerede über den Generalstreik doch letztendendes auf die Entfachung des Bürgerkrieges hinauslaufe".

Man hört ordentlich den ärgerlichen Ton der aus diesen Sätzen spricht, den Ruf gegen diejenigen, die es gewagt hatten, die Frage des Generalstreiks in die Debatte zu werfen.

Wie man in Zukunft von Seiten des Metallarbeiter-Verbandes zu denken, den Kampf zu führen, besagen die folgenden Aussprüche Brandes:

„Die Gewerkschaften haben das Schlichtungswesen gefordert und bisher verteidigt, auch dann noch, als ohne Anrufe Zwangsschiedsssprüche ergingen, welche die Ernährung der Arbeiter mit Recht hervorriefen. Sollte mit dem Schlichtungswesen lediglich der Wille der Unternehmer durchgesetzt werden und in für die Arbeiter ungünstiger wirtschaftlicher Zeit, dem wirtschaftlich starken Teil — den Unternehmern — freier Spielraum zur Zertrümmerung der Arbeiterrechte gegeben werden, dann „... beißen wir lieber die Zähne zusammen, und warten die Zeit ab, wo wir uns im Kampf unser Recht holen." (Hört, hört! Die Red.)

Aus diesen oben anzeführten Zitaten der Rede Brandes ist die Einstellung der Gewerkschaftsführer klar ersichtlich. Sie können absolut nicht daran, in keinem Falle gegen dieses System irgendwie angrenzen. Und es ist ein Unding, mit Hilfe des Verbandsstatuts versuchen zu wollen, den Kurs dieser Berufsverbände zu ändern.

„In Zeiten der Krise kann nicht gestreikt werden: da hält man den Arbeitern im Betriebe die drauflenstehende Reservearmee vor Augen. Das tut man in allen Variationen." — In Zeiten der Konjunktur kann nicht gestreikt werden, damit die Arbeiter sparen und die Gewerkschaftskassen gefüllt werden können, für — schlechte Zeiten!"

Gewerkschaft, dein Name ist und bleibt Verrat, und die Genossin Rosa Luxemburg hatte vollkommen recht, wenn sie die Führer derselben als die größten Halunken in der Geschichte der Arbeiterbewegung bezeichnete.

Das Proletariat muß angesichts der ungeheuer gefährlichen Situation und angesichts der gespannten Lage erkennen, daß es mit diesen reformistischen Organisationsapparaten nichts mehr anfangen kann. **Sie sind voll zum Verschrotten. Sie ge-**

horchen doch nicht dem Druck der Hand der Arbeiter, wohl aber dem Druck der Hand des Unternehmers! Wenn Arbeiter gemeinsam werden, wenn Gewerkschaftsläuser gestürmt, wenn Konsumvereine belagert werden, dann **beißen sie die Zähne zusammen und warten auf bessere Zeiten."**

So haben sie gewartet bis heute! und haben mit dieser ihrer Haltung die ganze faschistische Meute großgezogen. Sie haben die Betriebe den faschistischen Horden und ihrer Ideologie preisgegeben.

Die revolutionären Arbeiter aber hat man gelehrt und mallreeln lassen.

*

Der Verbandstag setzte sich bei 283 Delegierten folgendermaßen zusammen: **272 SPD, 2 KPD, 4 SAP, 5 KPO.**

Wenn man sich diese Delegationen näher ansieht, so wissen wir aus unserer Erfahrung, daß als Delegierte größtenteils Angestellte des Verbandes in Frage kommen oder Funktionäre, die bald vielleicht selbst Angestellte werden möchten, damit sie die kapitalistische Front nicht mehr mitmachen brauchen. Bei **272 Delegierten,** die auf dem Boden der **Staatserhaltung, der Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln stehen, können die Arbeiter keine Aenderung der Gewerkschaftspolitik erwarten.**

Was ist das für eine Opposition, die auf der einen Seite die Gewerkschaftsführer kritisiert und auf der anderen Seite mit dem Vorstand durch Dick und Dünn geht? (SAP!)

Wann werden auch endlich die Leutchen der KPD-O einsehen, daß ihre Arbeit in den Gewerkschaften die Arbeiterbewegung nur um ein Vehikel bereichert, das eigentlich schon seit 1914 in das Museum für Geschichtsforschung hinein gehört?

Ihnen können wir nur sagen: Mit dieser ihrer Arbeit in den Gewerkschaften wollen sie sich beim ZK der KPD ein Wiederaufnahmeverfahren besorgen. Sie vergessen dabei, daß die Entwicklung der Arbeiterbewegung schon lange über sie hinweggegangen ist, und daß ihre Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften die Leidensdauer des revolutionären Proletariats verlängert.

Eine klägliche Rolle auf dem Verbandstage spielte die KPD mit ihren 2 Delegierten. Der eine dieser Leutchen, Hans Hamm aus Torgelow, unterstützte sogar noch den Vorstand.

*

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat mit diesen Verbandstagen nicht mehr das geringste zu tun. Sie muß versuchen, sich zu sammeln unter neuen Bedingungen des Klassenkampfes. Die Klassenfront des Proletariats muß erschmiedet werden. Der Einfluß der Gewerkschaftsführer in den Massen muß zerbrochen werden.

Der deutsche Kapitalismus holt zum unzeheuren Schlage aus, die Proletarier zu vernichten. Die letzten Reste sozialpolitischer und hygienischer Einrichtungen sind den Unternehmern im Wege. Da darf die Arbeiterklasse Deutschlands nicht „die Zähne zusammenbeißen und abwarten", sondern sie muß zum Angriff auf die Stellungen der Unternehmer übergehen und die einzelnen Barrikaden derselben erstürmen und niederlegen. Die Berufsverbände, ganz gleich welchen Namen sie tragen, und wegen welcher Struktur sie aufgebaut sind, sie sind nur Selbstzweck geworden. Sie haben die Frage des Sozialismus für ihre